

Auf dem Weg in eine neue Republik? Die Türkei nach dem Rücktritt des Generalstabs

Dietrich Jung

Am 12. September 2011 jährte sich der Putsch des Militärs gegen die damalige gewählte Regierung der Türkei zum 31. Mal. Das wäre gewiss kein Jahrestag zum Innehalten, wenn der Generalstab im Jahr 1980 nicht das erklärte Ziel gehabt hätte, eine fundamentale Reorganisation der türkischen Gesellschaft einzuleiten und die Kontrolle des politischen Systems durch die Streitkräfte zu sichern.

Analyse

Das Ziel des Putsches scheint nicht erreicht worden zu sein: Nach dem geschlossenen Rücktritt der Armeeführung am 29. Juli 2011 blieb nicht nur das erwartete politische Beben aus, der Militärrat unter Führung von Ministerpräsident Erdoğan besetzte zudem den Generalstab schon eine Woche später neu. Die bisher letzte Konfrontation zwischen dem einst so mächtigen Militär und der in den Parlamentswahlen vom Juni 2011 eindrucksvoll bestätigten Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), deren Wurzeln in der islamistischen Bewegung liegen, endete für die Generäle schmachvoll. Das ist deshalb von so einschneidender Bedeutung, weil die Armee seit mehr als einem halben Jahrhundert den Anspruch vertrat, als Hüterin des Erbes von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk das letzte Wort in der türkischen Politik zu haben. Diese Form der „kontrollierten Demokratie“ war ein zentrales Kennzeichen der kemalistischen Republik.

- Das Militär scheint den Machtkampf gegen die zivilen Institutionen des türkischen Staates verloren zu haben. Damit wäre das kemalistische Machtkartell zerbrochen.
- Die unter Führung der AKP geplante Ausarbeitung einer neuen Verfassung könnte endgültig das Ende der kemalistischen Republik signalisieren.
- Hält sich die AKP an die demokratischen Spielregeln, so kann sie dem Land eine neue, demokratische Zukunft eröffnen; eine post-kemalistische Republik ist möglich.
- Mit dem Ende der Dominanz des Militärs über die gewählten Institutionen entfiel überdies ein Hauptkritikpunkt der EU bei der jährlichen Evaluation des Reformprozesses in der Türkei.

Schlagwörter: Türkei, Militär, Putsch, AKP, Verfassung

Das Militär im kemalistischen Staat

Am 12. September 1980 erklärte der damalige Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, Kenan Evren, das Militär habe die Kontrolle über die Regierung übernommen, um die territoriale und nationale Integrität des Landes zu bewahren. Die im Laufe der 1970er Jahre offensichtlichen gesellschaftlichen Probleme hatten sich gegen Ende des Jahrzehnts zu einer umfassenden sozialen und politischen Krise ausgeweitet. Die gewaltsamen politischen Unruhen waren von Wirtschafts- und Finanzproblemen begleitet, die im Winter 1979 zu tagtäglichen Stromausfällen, dem Zusammenbruch des öffentlichen Verkehrs und leeren Warenregalen geführt hatten. Die Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten linken und rechten Gruppierungen sowie aufkeimenden kurdisch-nationalistischen und islamistischen Organisationen gingen einher mit dem völligen Zusammenbruch der auf Importsubstitution basierenden türkischen Wirtschaft. Im Kontext des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der islamischen Revolution im Iran wurde die kritische Situation in der Türkei auch als Herausforderung für die internationale Politik betrachtet und die Intervention des türkischen Militärs von westlichen Regierungen mit stiller Genugtuung verfolgt.

Mit ihrer Machtübernahme lösten die Generäle das türkische Parlament auf, verboten die Parteien sowie die Gewerkschaftsverbände, nahmen führende Politiker in Haft und stellten das ganze Land unter Ausnahmerecht. Über 38 Monate hinweg regierte die Junta das Land, implementierte ein Programm zur langfristigen Rekonstruktion der politischen und ökonomischen Strukturen und beaufsichtigte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. In dieser wurden grundlegende demokratische Freiheiten formal beibehalten, das Recht zu ihrer Wahrnehmung allerdings drastisch eingeschränkt. Mit Institutionen wie dem Nationalen Sicherheitsrat und den Staatsgerichtshöfen legitimierte die Verfassung den Einfluss des Militärs auf die Politik und das Justizwesen, das sich vollends als ein autonomer Faktor etablieren konnte (McFadden 1985).

Darüber hinaus erhob das Militärregime die Ideologie der sogenannten „Türkisch-Islamischen Synthese“ zur Staatsdoktrin, mit deren Hilfe die wachsende Fragmentierung der türkischen Gesellschaft überwunden werden sollte. Seit den

1970er Jahren hatte der sunnitische Islam in konservativen Kreisen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung linker Kräfte gespielt. Nach dem Militärputsch versuchten die Generäle, diese national-religiöse Strömung für ihre Interessen zu nutzen. Die Verbindung von türkischem Nationalismus und Islam sollte zum einen den Zusammenhalt der türkischen Gesellschaft stärken, deren tatsächliche Fragmentierung dem korporatistischen Ideal der kemalistischen Einheitsgesellschaft zunehmend widersprach; zum anderen war die Islamisierung des öffentlichen Lebens unter nationalem Vorzeichen ein Versuch, mit dem Appell zur religiösen Einheit den kurdischen Nationalismus zu bekämpfen (Seufert 1997: 182-202). Mit ihrem Rückgriff auf die national-religiöse Ideologie, die von rechtsgerichteten Intellektuellen in den 1970er Jahren entwickelt worden war, machten die kemalistischen Generäle einen politischen Diskurs salonfähig, der langfristig die gesellschaftliche Akzeptanz islamistischer Gruppierungen förderte.

Der Aufstieg des Militärs als politischer Machtfaktor muss aber auch im Zusammenhang mit dem Verlust der Führungsrolle der Republikanischen Volkspartei (CHP) gesehen werden. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die CHP das maßgebende Herrschaftsinstrument der kemalistischen Elite. Beseelt von korporatistisch-revolutionärem Geist infiltrierte sie alle Sektoren der Gesellschaft. Opposition war nur innerhalb und mit ihr, nicht aber gegen sie möglich. Wer sich dennoch gegen die von oben verordnete Modernisierung der türkischen Gesellschaft wandte, bekam schnell die harte Hand des staatlichen Gewaltmonopols zu spüren. Das hatte Kemal Atatürk sich und seiner Partei durch einen geschickten Schachzug unmittelbar vor der formellen Gründung der Republik im Jahre 1923 gesichert, indem er per Gesetz die Unvereinbarkeit von militärischer Position und politischem Amt festschreiben ließ. In der sozialen Praxis zwang dieses Gesetz oppositionelle Offiziere, die Armee zu verlassen, während kemalistisch orientierte Militärs nicht um ihre politische Repräsentation besorgt sein mussten; damit hatte dieses politische Manöver weniger die Unterordnung der Armee unter die zivile Macht zur Folge, sondern vielmehr die Kemalisierung des türkischen Militärs und sicherte dessen dominante gesellschaftliche Rolle über die Atatürk-Ära (1923-1938) hinaus.

Nach der Einführung des Mehrparteiensystems durch Präsident İnönü im Jahr 1946 und unter dem Druck eines beschleunigten sozialen Wandels brachen die Herrschaftsstrukturen der frühen Republik zusammen. Nun bekam die CHP an den Wahlen die Rechnung für mehr als zwei Jahrzehnte autoritär oktroyierter Modernisierung präsentiert; die Partizipation der bisher ausgeschlossenen Massen führte zur Erosion ihres bisherigen elitären Führungsanspruchs.

Die Politik der Türkei entwickelte sich von nun an zunehmend zu einem von Patronage gekennzeichneten Kampfplatz um staatliche Machtressourcen. In dieser Situation meldete sich die türkische Armee in der politischen Arena zurück. Als Objekt und Subjekt der osmanischen Reformen sowie als maßgebliche Gründungsinstitution der türkischen Republik war das Militär doppelt geeignet, das Erbe Atatürks weiterzuführen. Die türkischen Streitkräfte übernahmen den gesellschaftlichen Führungsanspruch der CHP, deren Niedergang wurde vom sukzessiven Aufstieg des Militärs zur autonomen politischen Kraft kompensiert.

Im Institutionengefüge der Türkei verkörperte der Nationale Sicherheitsrat diese Machtposition der Armee. In der Verfassung von 1961 zum ersten Mal fixiert, hatte sich der Nationale Sicherheitsrat von einem beratenden Gremium zu einem Organ entwickelt, das die Richtlinien der türkischen Politik bestimmte. Nach dem Putsch im September 1980 sah der Artikel 118 der Verfassung von 1982 vor, dass sich der Nationale Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten aus vier Mitgliedern des Kabinetts sowie dem Generalstabschef und den vier Kommandeuren der Teilstreitkräfte zusammensetzt. Das Gesetz zum Nationalen Sicherheitsrat von 1983 definierte dessen Aufgabe in der Gewährleistung nationaler Sicherheit durch die Verteidigung des türkischen Staatswesens gegen jegliche Form äußerer und innerer Bedrohung. Damit hatte die Junta die politische Rolle des Militärs unter Ausschluss jeder demokratischen Kontrolle verfassungsmäßig verankert. Wohl waren die Beschlüsse des Sicherheitsrats nicht bindend, aber keine Regierung verweigerte deren Umsetzung; erst im Jahr 2001, im Zuge der Annäherung an die EU und noch vor der Machtübernahme der AKP, wurde die dominante Rolle des Militärs im Sicherheitsrat durch eine Verfassungsänderung abgeschwächt.

Die relative Autonomie der türkischen Armee wurde durch deren ökonomische Aktivitäten und ihr relativ geschlossenes Erziehungssystem untermauert. In den 1990er Jahren betrieben die Holdings des türkischen Militärs Supermarktketten, Immobiliengeschäfte, Fabriken und Finanzunternehmen. Das Militär investierte in 55 *joint ventures* mit der privaten Wirtschaft, so dass die Interessen der militärischen, ökonomischen und staatlichen Eliten auf das Engste verflochten waren (Parla 1998). Im militärischen Erziehungswesen erhielten die Offiziersanwärter nicht nur eine akademische Ausbildung, sondern wurden auf die Werte der kemalistischen Staatsethik eingeschworen (Karaosmanoğlu 1993). Diese umfassende Autonomie des türkischen Militärs erklärt das Dilemma kemalistischer Politik, in der das schlechte Image der Parteien und die vermeintlich selbstlose Rolle der Armee als Hüterin der Demokratie zwei Seiten einer Medaille bildeten. Die militärischen Interventionen hatten das politische System des Landes entpolitisiert und die Politik selbst zu einem Umschlagplatz legal und illegal erworbener Ressourcen deformiert.

Diese negative Entwicklung der türkischen Politik hatte sich noch durch die Entstehung des „tiefen Staates“ (*derin devlet*) verstärkt. Seit Anfang der 1970er Jahre ging in der Türkei das Gespenst eines „zweiten Staates“ um, der hinter dem offiziellen demokratischen System im Verborgenen wirkt. In diesem „tiefen Staat“ verband sich die autoritäre Traditionslinie des türkischen Modernisierungsprozesses mit den Interessen einer Koalition anti-demokratischer Kräfte aus Militär, Geheimdienst, Justizapparat, paramilitärischen Milizen sowie dem organisierten Verbrechen. Die Existenz dieses informellen Netzwerks wurde durch politische Skandale – wie dem Unfall von Susurluk im November 1996, bei dem ein hoher Polizeioffizier, eine Schönheitskönigin und ein international gesuchter Verbrecher in einem gemeinsam genutzten Fahrzeug den Tod fanden – bestätigt. Im Juni 2007 wurde nach Waffenfunden in Istanbul unter dem Namen „Ergenekon“ die größte polizeiliche Ermittlung in der Türkei seit dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet, die eine juristische Aufarbeitung der verschwörerischen Verbindungen des „tiefen Staates“ zum Ziel hatte. Bis Mai 2009 wurden gegen nahezu 150 Personen aus Politik, Militär, Gendarmerie, Polizei, den Medien und dem organisierten Verbrechen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Ergenekon-Ermittlungen ha-

ben sich zu einem Kampfplatz zwischen der Regierung und ihren kemalistischen Gegnern in Militär, Parlament, Medien und Staatsapparat entwickelt, auf dem nur noch schwer zwischen Fakten, Verleumdungen und gezielter Verfolgung von politischen Gegnern unterschieden werden kann (Jenkins 2009). Es war die Weigerung von Premierminister Erdoğan, die Dienstzeit von Generälen zu verlängern, die im Zuge von Ergenekon in Untersuchungshaft genommen worden waren, die den Generalstab letztendlich zu seinem kollektiven Rücktritt veranlasste.

Die Machtübernahme der „Gegenelite“

Nur wenige Wochen vor dem Rücktritt des türkischen Generalstabs hatte die AKP die dritten Parlamentswahlen in Folge gewonnen. Mit 49,8 Prozent der Stimmen konnte sie ihr Wahlergebnis von 2007 noch einmal verbessern. Zuvor war es nur der Demokratischen Partei (DP) unter Premierminister Adnan Menderes gelungen, drei aufeinanderfolgende Wahlen zu gewinnen (1950, 1954 und 1957). Die Wahlerfolge der DP gingen dabei nicht zuletzt auf die Strategie Menderes' zurück, die Masse der vom politischen Leben bisher ausgeschlossenen türkischen Bevölkerung mit Hilfe islamischer Rhetorik und Symbolik für seine Interessen zu mobilisieren. Die Regierungszeit der DP war im Jahr 1960 durch einen Militärputsch beendet worden; Premierminister Menderes wurde im September 1961 hingerichtet. In der heutigen Türkei ist die Todesstrafe abgeschafft und das Militär hat seine autonome Rolle als Staat im Staate augenscheinlich ausgespielt. Recep Tayyip Erdoğan erhielt im Juni 2011 zu seiner dritten und letzten Amtszeit zahlreiche internationale Grußbotschaften von so unterschiedlichen Absendern wie US-Präsident Obama, dem EU-Kommissionsvorsitzenden José Manuel Barroso, dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad oder dem Führer der ägyptischen Muslimbruderschaft.

Mit den eindrucksvollen Wahlerfolgen der AKP scheint die Macht in der Türkei endgültig von einer sozialen Schicht übernommen worden zu sein, die von der türkischen Soziologin Nilüfer Göle als „Gegenelite“ bezeichnet wurde (Göle 1997). Diese hatte der kemalistischen Elite unter symbolischer Bezugnahme auf den Islam den Kampf angesagt und von diesem Machtkampf war die Politik der Türkei in den 1990er Jahren

geprägt. Seit der Gründung der Partei der Nationalen Ordnung im Jahr 1970 hatte der im Februar 2011 verstorbene Necmettin Erbakan an der Spitze dieser islamistischen politischen Strömung gestanden. Nach dem Militärputsch von 1980 hatte er im Jahr 1983 die Wohlfahrtspartei (*Refah*) gegründet, in der auch die Führungsriege der AKP ihre politische Sozialisation erfahren hatte. Im Gegensatz zur AKP zeichnete sich die politische Rhetorik von Refah durch eine stark anti-europäische nationalistische Haltung aus. Im Parlamentswahlkampf von 1995 sprach sich Erbakan zum Beispiel gegen die Zollunion mit der EU aus und rief als Alternative zu einem EU-Beitritt zur Gründung eines Bündnisses islamischer Staaten auf. Von 1996 bis 1997 stand Erbakan als Premierminister an der Spitze einer permanent zerstrittenen Koalitionsregierung mit der Partei des Rechten Weges (DYP) unter Tansu Çiller. Im Juni 1997 zwang ihn eine Koalition aus Militär und zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Rücktritt und seine Wohlfahrtspartei wurde schließlich im Jahr 1998 wegen Untergrabung der säkularen Ordnung verboten.

Die im Dezember 1998 gegründete „Nachfolgeorganisation“ von Refah, die Tugendpartei (*Fazilet*), präsentierte sich dem türkischen Wähler nicht mehr als islamistische, sondern als konservativ-islamische Partei. Einerseits hielt Fazilet an der konservativ-religiösen Ausrichtung der Refah fest und propagierte weiterhin Werte wie Tradition, Glaube, Familie und „anatolische Ursprünglichkeit“ – und artikulierte damit ausdrücklich die Weltanschauung der geografischen und sozialen Peripherie der Türkei –, andererseits eröffnete sie einen Diskurs über Demokratie und Pluralismus, der sich explizit an europäischen Standards orientierte. Sie bekannte sich eindeutig zu liberalen Prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, repräsentative Demokratie, Partizipation, und zu einer Form des juristischen und weltanschaulichen Individualismus, der dem ideologischen Weltbild ihrer Vorgängerin fremd war (Groc 2000). Dieser ideologische Graben fand seinen personalen Ausdruck im innerparteilichen Streit zwischen der alten Garde um Erbakan und dem von Recep Tayyip Erdoğan und Abdullah Gül angeführten Flügel liberaler gesinnter, meist jüngerer Parteimitglieder. Mit Mehmet Recai Kutan hatte zunächst ein konservativer Vertrauter von Necmettin Erbakan die Führung der Partei übernommen, was von Anfang an zu heftigen Konflikten führte. Mit Unterstüt-

zung durch die immer einflussreicher werdende Unternehmerschicht Anatoliens, die im Dachverband unabhängiger Unternehmer (MÜSIAD) organisiert ist, forderte die jüngere Generation einen Bruch mit Erbakans nationalistisch-islamistischer Ideologie. Sie propagierte lautstark eine wertkonservative und marktwirtschaftlich orientierte Politik, mit dem Ziel, die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU zu erreichen.

Die Chance für die junge Garde kam dann mit dem Verbot der Tugendpartei im Juni 2001, das sich auf den Vorwurf stützte, sie sei nichts anderes als eine Nachfolgeorganisation der Refah. Im Anschluss an das Parteiverbot gegen Fazilet formte der konservative Flügel um Kutan und Erbakan die Wohlergehenspartei (SP). Der sich nicht als islamistisch, sondern als demokratisch-muslimisch verstehende Flügel um den früheren Bürgermeister von Istanbul (1994-1998) Recep Tayyip Erdoğan gründete im August 2001 die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP). Der ideologische Unterschied der beiden Parteien wird schon an deren Namen deutlich. Der ins Deutsche mit „Wohlergehen“ übersetzte Begriff *saadet* enthält eine eindeutig religiöse Botschaft. Er bringt die Partei mit dem Zeitalter des Propheten und der vier rechtgeleiteten Kalifen in Verbindung, ein klassisches islamistisches Motiv. Die Begriffe „Gerechtigkeit“ (*adalet*) und „Entwicklung“ (*kalkinma*) im Namen der AKP erinnern hingegen an die von Süleyman Demirel einst gegründete Gerechtigkeitspartei; damit ordnet sich die AKP in den breiten Strom des rechts-konservativen Parteienspektrums der Türkei ein. Darüber hinaus hat das Akronym *ak* den Wortsinn von „weiß/rein“ und unterstreicht den Anspruch der Partei, von Korruptionsskandalen frei zu sein.

Die hier beschriebenen Veränderungen im islamistisch gesinnten politischen Lager der Türkei stehen in einem zumindest kontextuellen Zusammenhang mit dem Militärputsch von 1980. Die von der Generalität in die Wege geleitete Restrukturierung der türkischen Gesellschaft hatte in eine Sackgasse geführt. Die von den Militärs gewünschte und vom späteren Premierminister und Präsidenten Turgut Özal durchgeführte ökonomische Liberalisierung unter autoritären Vorzeichen mündete in den 1990er Jahren in ein komplexes Szenario aus selbstzentrierter Parteipolitik, Korruption, Guerillakrieg und organisiertem Verbrechen. Der Wahlerfolg der AKP bei den Parlamentswahlen im November 2002 war so-

mit auch ein Ausdruck der Erosion des kemalistischen Staatswesens, das nahezu vollständig das Vertrauen der Bevölkerung verloren hatte.

Hinzu kam die Veränderung der geostrategischen Bedeutung der Türkei nach dem Kalten Krieg. Unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen sah sich Ankara verstärkten Demokratisierungsforderungen der EU und der USA ausgesetzt, die von kurdischen und islamistischen Gruppen innerhalb und außerhalb der Türkei für ihre Interessen genutzt werden konnten. Plötzlich boten die von Brüssel geforderten Reformen eine Chance für die islamistische Opposition, in Diskursen über Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte ihre Anliegen zu artikulieren. Die Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei wurde damit zum Vehikel für die Überwindung des rigiden kemalistischen Säkularismus und zur Bedingung für eine Beteiligung an der politischen Macht.

Diese Analyse wird durch die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen vom Juni 2011 untermauert. Während die AKP mit 49,8 Prozent knapp die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen verfehlte, erzielte ihre „islamistische Herausforderin“, die von Erbakan gegründete SP, nur 1,25 Prozent der Stimmen. Mit 25,9 Prozent erreichte die CHP einen Achtungserfolg; das war immerhin das beste Ergebnis, das die Partei des Staatsgründers Atatürk seit dem Putsch von 1980 erreicht hatte. Auf dem dritten Platz landete die rechts-nationalistische Partei der Nationalen Bewegung (MHP) mit 13 Prozent der Stimmen. Bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse wird allerdings deutlich, dass die CHP nur noch die Rolle einer Regionalpartei spielt; mit Ausnahme von Tunceli in Ostanatolien konnte sie nur Wahlkreise an der Westküste und in Thrazien gewinnen. Auf Landesebene scheint sie die flächendeckende Präsenz der AKP nicht herausfordern zu können. Diese hat inzwischen eindeutig die Rolle der konservativen Parteien von Turgut Özal (ANAP) und Süleyman Demirel (DYP) übernommen, wie das katastrophale Wahlergebnis der Demokratischen Partei zeigt; mit einem Stimmenanteil von 0,65 Prozent wurde diese aus ANAP und DYP hervorgegangene, neu gegründete konservative Alternative zur AKP von den Wählern zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Im Augenblick scheint die türkische Parteienlandschaft keine Alternative zur AKP zu bieten und die hohe Zehnprozenthürde verhindert, dass sich eine kleinere Partei durch

den Einzug ins Parlament als Alternative aufbauen könnte. Es erscheint als Ironie der Geschichte, dass die AKP heute von der hohen Sperrminorität profitiert, die von den Generälen nach dem Putsch von 1980 eingeführt wurde, um eine parlamentarische Repräsentation von linken, kurdisch-nationalistischen und islamistischen Parteien zu verhindern.

Auf dem Weg in eine post-kemalistische Republik?

Diese späte Wirkung der in den 1980er Jahren eingeführten Sperrminorität ist nur ein Indikator dafür, dass die von der Generalität nach dem Putsch im September 1980 eingeleitete institutionelle Rekonstruktion und ideologische Neuausrichtung der Türkei keineswegs wirkungslos blieb. Allerdings ergaben sich ganz andere Resultate, als ihre Urheber sich versprochen hatten. In einem komplexen Geflecht aus innerstaatlicher Repression, Pluralisierung der türkischen Gesellschaft, geostrategischem Wandel und EU-induziertem Reformzwang hat sich im Laufe der 1990er Jahre ein wesentlicher Teil der islamistischen Bewegung der Türkei zur systemimmanenten Opposition gewandelt und konnte sich so breitere Wählerschichten erschließen. Dazu gehören heute auch liberale Kreise, die ihre gesellschaftliche Rolle nicht unwesentlich den neoliberalen Wirtschaftsreformen verdanken, die das Militärregime in den 1980er Jahren eingeleitet hatte und die damals eine klare Abkehr vom kemalistischen Prinzip einer staatlich kontrollierten Ökonomie bedeuteten (Dağı 2006). Das einstige kemalistische Machtkartell aus Militär, Staatsbürokratie, staatlich gelenkter Wirtschaft und kemalistisch orientierten Intellektuellen scheint zerbrochen zu sein. In zunehmendem Maße hat das Militär seine Rolle einer über den Institutionen der türkischen Gesellschaft stehenden Hüterin des kemalistischen Erbes verloren. Den entscheidenden Wendepunkt in dieser Entwicklung scheint die Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten im Sommer 2007 zu markieren.

Nachdem der AKP-Kandidat Gül die notwendige Mehrheit der Stimmen im Parlament verfehlt hatte, veröffentlichte der türkische Generalstab unmittelbar vor der zweiten Abstimmung am 27. April 2007 ein Memorandum, in dem er kritisch Stellung zur Wahl des neuen Staatspräsidenten

nahm. Der Generalstabschef unterstrich den Willen der Armee, angesichts der Turbulenzen um den Kandidaten Gül ihrem Auftrag zur Verteidigung der säkularen Werteordnung der türkischen Republik ohne Zögern gerecht zu werden. Diese ungeschminkte Warnung des Militärs an die von der AKP geführte Regierung, ihren im religiösen Lager verankerten Kandidaten nicht um jeden Preis durchzusetzen, löste einen politischen und juristischen Streit aus, an dem sich auch Teile der Zivilgesellschaft beteiligten, die in mehreren Großstädten Demonstrationen organisierten. Am Ende dieses die türkische Gesellschaft polarisierenden Prozesses war Abdullah Gül auch im zweiten Wahlgang gescheitert und Premierminister Erdoğan sah sich gezwungen, gemäß der Verfassung vorgezogene Parlamentswahlen auszurufen. In den im Juli 2007 durchgeführten Wahlen konnte die AKP unter Premierminister Recep Tayyip Erdoğan mit 46,58 Prozent der abgegebenen Stimmen ihren Wahlsieg vom November 2002 noch um nahezu 12 Prozent überbieten. Angesichts der massiven Drohgebärden der Armeeführung kam der überwältigende Wahlsieg der AKP und die letztendliche Wahl von Gül zum Staatspräsidenten fast einer Demütigung des türkischen Militärs gleich. Offensichtlich wollte die Mehrheit der türkischen Bevölkerung die politische Einflussnahme der Armee nicht länger akzeptieren. Der Rücktritt der Armeeführung im Juli 2011 setzte nur den Schlusspunkt einer Entwicklung, in der sich die zivile politische Führung des Landes gegen das einst übermächtig erscheinende Militär durchgesetzt zu haben scheint.

Fazit

Es bestehen wohl kaum Zweifel daran, dass der Aufstieg der AKP zur unangefochtenen politischen Kraft in der Türkei den Weg in eine post-kemalistische Republik weist. Wohin dieser Weg jedoch führt, darüber streiten sich die Experten. Während William Hale und Ergun Özbudun (2010) die AKP als eine konservativ-demokratische Partei und als eine Art Äquivalent zu den christlich-demokratischen Parteien Europas sehen, warnen Analysten wie Barry Rubin oder Soner Çağaptay vor der ihrer Ansicht nach unveränderten islamistischen Grundhaltung, die das Weltbild und die Politik der AKP letzten Endes prägen. Die beiden Analysten verweisen vor allem auf den

sich verschärfenden Konfrontationskurs, den die AKP gegenüber Israel eingeschlagen hat (Mufti 2011). Für sie ist daher auch der Machtverlust des türkischen Militärs ein weiterer Schritt hin zur Islamisierung von Politik und Gesellschaft.

Unbestritten ist, dass Premierminister Erdoğan den Reformeifer seiner frühen Amtszeit vermissen lässt und dass seine Regierungsführung in den letzten Jahren immer stärker autoritäre Züge annahm. Dieses Verhalten des Partei- und Regierungschefs der AKP ist den Beobachtern der türkischen Republik aus kemalistischen Zeiten nicht unbekannt, in denen sich die Parteiführer ebenfalls häufig wie Potentaten gebärdeten. Allerdings widerspricht dieser Politikstil dem reformerischen Anspruch, mit dem die AKP im Jahr 2002 die Regierung übernahm. Mit seiner dritten Amtszeit und der anstehenden Ausarbeitung einer neuen Verfassung hat Erdoğan die Möglichkeit, die Türkei in eine demokratische und pluralistische Zukunft zu führen. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die AKP dazu in der Lage ist.

Literatur

- Dağı, İhsan D. (2006), *The Justice and Development Party: Identity, Politics, and Human Rights Discourse in the Search for Security and Legitimacy*, in: M. Hakan Yavuz (Hrsg.), *The Emergence of a New Turkey. Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City: University of Utah Press.
- Groc, Gérard (2000), *The Virtue Party: An Experiment in Democratic Transition*, in: Stefanos Yerasimos, Günter Seufert und Karin Vorhoff (Hrsg.), *Civil Society in the Grip of Nationalism: Studies on Political Culture in Contemporary Turkey*, Würzburg: Ergon.
- Göle, Nilüfer (1997), *Secularism and Islamism in Turkey: The Making of Elites and Counter-Elites*, in: *Middle East Journal*, 51, 1, 46-58.
- Hale, William, und Ergun Özbudun (2010), *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey. The Case of the AKP*, London: Routledge.
- Jenkins, Gareth (2009), *Between Fact and Fantasy: Turkey's Ergenekon Investigation*, Silk Road Paper, Washington D.C.: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program.
- Karaosmanoğlu, Ali L. (1993), *Officers: Westernization and Democracy*, in: Metin Heper et al. (Hrsg.), *Turkey and the West: Changing Political and Cultural Identities*, London: I.B. Tauris.
- Mufti, Malik (2011), *A Little America: The Emergence of Turkish Hegemony*, Middle East Brief, 51 (May), Brandeis University.
- McFadden, John H. (1985), *Civil-Military Relations in the Third Turkish Republic*, in: *Middle East Journal*, 39, 1, 69-85.
- Parla, Taha (1998), *Mercantile Militarism in Turkey, 1969-1998*, in: *New Perspectives on Turkey*, 19, 29-52.
- Seufert, Günter (1997), *Politischer Islam in der Türkei. Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden muslimischen Gesellschaft*, Stuttgart: Steiner Verlag.

■ Der Autor

Professor Dr. Dietrich Jung ist Direktor des Centre for Contemporary Middle East Studies an der University of Southern Denmark in Odense. Er forscht insbesondere zu folgenden Themen: Kriege und Konflikte im Nahen Osten, Türkische Modernisierungspolitik, Islambild der Moderne.

E-Mail: <jung@hist.sdu.dk>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des GIGA Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ untersucht das Forschungsteam „Recht und Politik“ die Einflüsse von Verfassungsreformen auf den Wandel politischer Systeme. In einem durch den „Pakt für Forschung und Innovation“ geförderten komparativen Projekt zur „Unabhängigkeit der Justiz in jungen Demokratien“ in Westafrika und Südamerika spielt die politisch motivierte Änderung von Verfassungsbestimmungen eine große Rolle. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ wird im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ die Ausdifferenzierung von islamistischen Sozialbewegungen und politischen Parteien analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, und Morten Valbjørn (2009), *Der Gazakrieg nach einem Jahr: ist der Nahe Osten noch arabisch?*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Büchs, Annette (2010), *Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

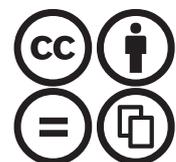
Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Schilling-Vacaflor, Almut, und Anna Barrera (2011), *Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfedern für direkte Demokratie und soziale Rechte?*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Stroh, Alexander, und Christian von Soest (2011), *Den Machterhalt im Blick: Verfassungsreformen in Subsahara-Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM